

Für einen guten Berufseinstieg

Immer wieder klagen Unternehmen darüber, nicht genügend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden. Die Warnungen vor einem drohenden Fachkräftemangel in der Wirtschaft werden wieder lauter. Gleichzeitig hat prekäre Beschäftigung in den letzten Jahren massiv zugenommen. Junge Menschen sind davon besonders betroffen. Immer noch stellen viele Unternehmen fertig ausgebildete junge Berufseinsteigerinnen und -einsteiger als „Praktikanten“ ein, um sie als vollwertige Arbeitskräfte unter oft schlechten Lohnbedingungen zu beschäftigen. Häufig hangeln sich qualifizierte junge Menschen nach Ausbildung oder Studium erst einmal von Praktikum zu Praktikum, bevor ihnen der Einstieg in Arbeit gelingt.

Die Wochenzeitung DIE ZEIT prägte dafür schon vor fünf Jahren den Begriff „Generation Praktikum“. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dieses Problem als erste Fraktion frühzeitig aufgegriffen, mit Gewerkschaften, Betrieben und Betroffenen gesprochen und Lösungsvorschläge entwickelt, um Missbrauch bei Praktika zu beenden. Für uns ist klar: Junge Absolventinnen und Absolventen sind die Fachkräfte von morgen. Sie müssen beim Berufseinstieg motiviert, unterstützt und geschützt werden. Sie brauchen faire Chancen auf gute Arbeit. Deshalb fordern wir: Schluss mit „Generation Praktikum“!

Missbrauch bei Praktika

Faire und gute Praktika sind eine feine Sache. In der Regel sind sie Teil der Ausbildung und bieten jungen Menschen die Chance, erste berufliche Erfahrungen in Unternehmen oder der öffentlichen Verwaltung zu sammeln, Einblicke und Orientierung in der Arbeitswelt zu erhalten und Kontakte zu knüpfen. Auch nach dem Abschluss einer Ausbildung oder

eines Studiums kann ein Praktikum zur beruflichen Orientierung sinnvoll sein.

Problematisch wird es allerdings dann, wenn es für viele junge Menschen zur Regel wird, dass der Berufseinstieg nur über den Umweg von Praktika gelingt. Oft werden diese Praktika gar nicht oder nur schlecht vergütet. Häufig werden Praktikantinnen und Praktikanten de facto als normale Arbeitskräfte eingesetzt, aber nicht entsprechend bezahlt. Wenn aber nicht das Lernen, sondern die Arbeitsleistung im Vordergrund steht, handelt es sich nicht um ein „Praktikum“, sondern um ein verschleiertes Arbeitsverhältnis. Solche „Scheinpraktika“ sind klare Fälle von Missbrauch, bei dem junge Berufsanfängerinnen und -anfänger als qualifizierte, aber billige Fachkräfte ausgebeutet werden.

Die Situation junger Berufseinsteiger wird immer unsicherer: Ein Viertel aller Studienabsolventinnen und -absolventen erhält nur dann eine Chance auf einen soliden Berufseinstieg, wenn sie sich vorher über Monate „kostenlos“ im Unternehmen bewährt haben. Bei den Ausbildungsberufen ist teilweise sogar fast ein Drittel eines ganzen Jahrgangs betroffen, obwohl die Berufseinsteiger bereits betriebliche Erfahrung in der Ausbildung sammeln konnten.



Praktika: oft eine verlängerte Probezeit

Wie eine Studie des Bundesarbeitsministeriums ergab, waren von allen Praktika, die nach Abschluss einer beruflichen Ausbildung absolviert wurden, 51 Prozent unbezahlt und 12 Prozent zu gering vergütet. Viele der Betroffenen arbeiten in der Woche genau so hart wie die reguläre Belegschaft, um dann



Kettenpraktika und befristete Jobs machen vielen jungen Menschen eine verlässliche Lebensplanung über Jahre unmöglich: Sie können nur unter großer Unsicherheit Familienplanung betreiben. Sie bekommen keine Kredite. Sie müssen sich ständig nach dem nächsten verfügbaren Job umschauchen, statt sich motiviert in den aktuellen Job einzuarbeiten.

am Wochenende zusätzlich in der Kneipe zum Lebensunterhalt zu kellnern. Andere verschulden sich oder sind auf die Unterstützung ihrer Familie angewiesen.

Viele junge Menschen befinden sich in sogenannten Praktikumsketten, bei denen sich eine Station an die nächste reiht – immer darauf hoffend, in ein normales Arbeitsverhältnis übernommen zu werden. Der Anteil derjenigen, die nach dem Praktikum in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden, fällt mit 22 Prozent äußerst mager aus, zumal die Mehrheit dieser Übernahmen nur zu einem befristeten Arbeitsvertrag führt.

Denn auch die Befristungen nehmen zu. Bei Neueinstellungen ist in Deutschland inzwischen fast jeder zweite Job nur noch befristet. Der Anteil der befristeten Verträge bei Berufseinsteigern ist in den letzten Jahren von einem Drittel (2001) auf fast 50 Prozent (2009) gestiegen.

Union und FDP verhindern wirksame Lösungen

Die SPD-Bundestagsfraktion war die erste Fraktion, die die Debatte über den Missbrauch bei Praktika ins Parlament getragen hat. Bereits 2006 haben wir eine Konferenz zu diesem Thema durchgeführt und erste Lösungsvorschläge erarbeitet.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war früh klar, dass die bestehenden Regelungen offenkundig nicht ausreichen, um Praktikantinnen und Praktikanten wirkungsvoll vor Ausbeutung zu schützen. Bestärkt wurde unsere Haltung durch zwei öffentliche Petitionen, die unter anderem die DGB-Jugend und der Verein fairwork beim Deutschen Bundestag eingereicht haben. Auch sie forderten gesetzliche Maßnahmen für faire Chancen beim Berufseinstieg.

Große Koalition: SPD-Initiative von Union blockiert

Die SPD-Bundestagsfraktion hat Anfang 2008 Vorschläge für faire Praktika beschlossen. Der damalige Bundesarbeits-

minister Olaf Scholz (SPD) legte einen Gesetzentwurf vor und ergriff damit in der Großen Koalition die Initiative gegenüber der CDU/CSU. Doch trotz monatelanger Verhandlungen kam es mit der Union zu keiner Einigung: Die Forderung der SPD, dass Praktikantinnen und Praktikanten nach dem Ende eines Praktikums länger Zeit haben sollen, um im Nachhinein gegen eine zu niedrige Bezahlung zu klagen, lehnte die Union ab. Auch eine Beweislast erleichterung für einen einfacheren Nachweis von Scheinpraktika – also faktischen Arbeitsverhältnissen unter der Tarnkappe eines Praktikums – lehnte die Union ab.

Schwarz-Gelb ignoriert die Probleme

Auch die schwarz-gelbe Bundesregierung zeigt kein Interesse daran, an der unsicheren Situation vieler junger Menschen etwas zu verbessern. Bis heute sehen Union und FDP keinerlei gesetzlichen Handlungsbedarf. Problembewusstsein bei Arbeitsministerin von der Leyen (CDU), Bildungsministerin Schavan (CDU) oder Wirtschaftsminister Brüderle (FDP)? Fehlanzeige.

Die Rechte junger Menschen stärken – unsere Forderungen

Die bestehenden Regelungen für faire Praktika müssen durch gesetzliche Änderungen verbessert werden. In einem Antrag (Bundestagsdrucksache 17/3482) fordern wir folgende Maßnahmen:

- Laut Berufsbildungsgesetz besteht für Praktika ein Anspruch auf eine angemessene Vergütung. Wir wollen eine gesetzliche Mindestvergütung von 350 Euro einführen und eine entsprechende Klarstellung auch im Bürgerlichen Gesetzbuch vornehmen. Eine Vergütung ist Ausdruck der Wertschätzung und Anerkennung der Leistungen von Praktikantinnen und Praktikanten.
- Bereits heute haben Praktikantinnen und Praktikanten einen Anspruch auf regulären Arbeitslohn, wenn es sich bei ihrer Beschäftigung faktisch um ein normales Arbeit-

nehmerverhältnis handelt, weil die Arbeitsleistung und nicht das Lernen im Mittelpunkt steht. Wir fordern, diesen Anspruch im Gesetz deutlicher zu machen: Im Bürgerlichen Gesetzbuch muss klar geregelt werden, dass ein Arbeitsverhältnis, das falsch bezeichnet ist (etwa als „Praktikum“ oder „Hospitant“), zu einem regulären Vergütungsanspruch führt.

- Viele Praktikantinnen und Praktikanten verzichten auf die Durchsetzung ihrer Rechte – in der Hoffnung auf eine Festanstellung nach dem Praktikum. Steht dann allerdings fest, dass eine Festanstellung nicht zustande kommt, bleibt aufgrund tariflicher oder vertraglicher Ausschlussfristen kaum noch Zeit zur Klage. Daher fordern wir, dass Ansprüche aus Praktika oder Scheinpraktika unbefristet geltend gemacht werden können. Etwaige tarifvertragliche oder individualrechtliche Ausschlussfristen müssen gesetzlich ausgeschlossen werden.



- Häufig scheitern Klagen auch an der Schwierigkeit, zu beweisen, dass es sich bei einer Tätigkeit nicht um ein Praktikum, sondern um ein Arbeitsverhältnis handelt. Wir wollen es den Betroffenen erleichtern, sich gegen Scheinpraktika zur Wehr zu setzen, und fordern eine Beweislast erleichterung: Gibt es Hinweise darauf, dass nicht ein Praktikum, sondern ein Arbeitsverhältnis vorliegt, muss der Arbeitgeber das Gegenteil beweisen – andernfalls greift der Anspruch auf regulären Arbeitslohn.

- Die Dauer eines Praktikums muss bei einem anschließenden Arbeitsverhältnis auf die Dauer der Betriebszugehörigkeit angerechnet werden, um den Kündigungsschutz zu verbessern.
- Schließlich sollten Praktika immer auf der Basis eines schriftlichen Praktikumsvertrages durchgeführt werden.

Die Haltung der Bundesregierung, gesetzliche Verbesserungen konsequent abzulehnen und lediglich auf eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft zu setzen, ist unverantwortlich. Lippenbekenntnisse können die unsichere Situation junger Menschen beim Berufseinstieg nicht lösen.

Die Fachkräfte von morgen brauchen mehr Schutz und Unterstützung für einen guten Berufseinstieg – und keine wohlklingenden Absichtserklärungen, die am Ende ohnehin nicht eingehalten werden.

Information, Beratung, Unterstützung ...

... finden junge Berufseinsteiger unter anderem bei folgenden Ansprechpartnern:

fairwork e. V.

Hochschulabsolventen für Hochschulabsolventen
www.fairwork-ev.de

DGB Jugend

Interessenvertretung junger Arbeitnehmer/innen
www.students-at-work.de
www.dgb-jugend.de

SPD-Bundestagsabgeordnete vor Ort

Helfen und unterstützen bei konkreten Problemen
www.spdfraktion.de

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

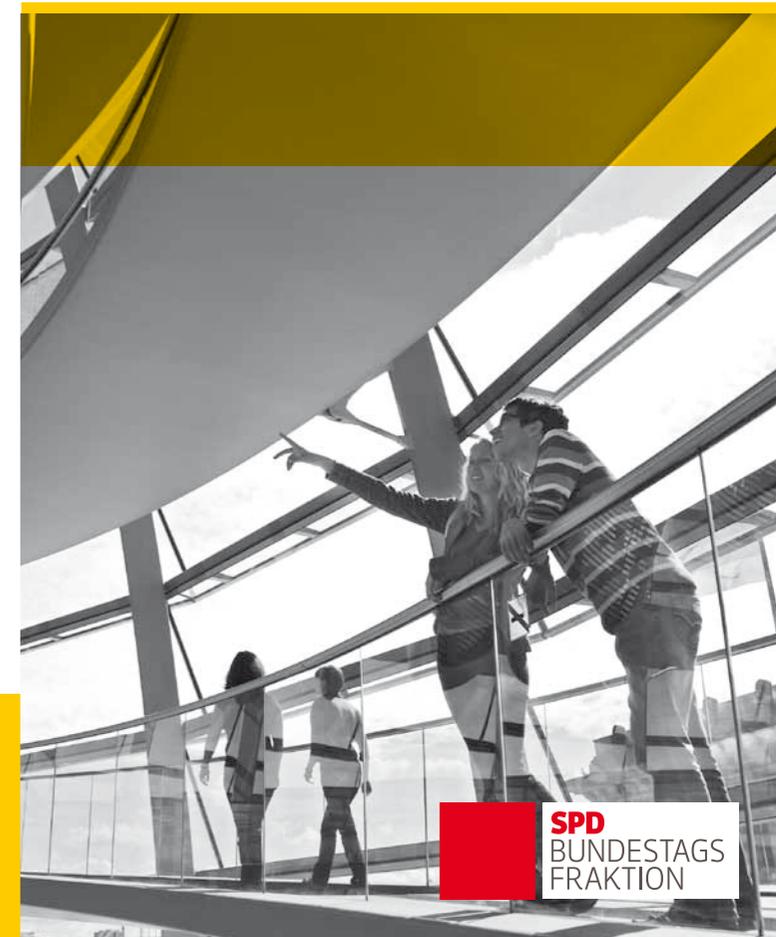
TEXT: STEFAN HINTERMEIER, ROSINA BAUMGARTNER
HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
FOTOS ©: KLAUS VYHNALEK (TITEL), BILDERBOX.COM

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Schluss mit Generation Praktikum

Faire Chancen beim Berufseinstieg

NEUE WERTSCHÖPFUNG UND GUTE ARBEIT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION